

Abschreckung, die auch reaktionsschnelle, flexibel einsetzbare sowie durchsetzungsfähige Streitkräfte einschließt. Präventive Maßnahmen von der strategischen Vorausschau auf mögliche Konflikte bis zu vorbereiteten Gegenmaßnahmen gegen hybrid agierende Akteure sind unverzichtbar. Für die Analyse von Bedrohungen, die Erarbeitung von strategischen Optionen sowie die Balancierung von Zielen, Mitteln und Wegen benötigen Staaten eine ausgeprägte Strategiefähigkeit. Neben dem Aufbau effektiver Institutionen gehört dazu auch das Verständnis von Strategie als einer »Brücke«, die Gräben zwischen Politik, Gesellschaft und Streitkräften überwindet und auf der alle strategischen Akteure partnerschaftlich interagieren (Hew Strachan: *The Direction of War*).

Informationsoperationen sind integraler Bestandteil hybrider Kriegführung. Durch schnell vermittelte Informationen werden »Fakten« geschaffen, welche die angegriffene Seite in ein schlechtes Licht rücken. Ob diese stimmen oder nicht, ist dabei völlig irrelevant, wie das Beispiel der angeblichen Vergewaltigung eines russland-deutschen 13-jährigen Mädchens exemplarisch verdeutlichte. Durch die Verbreitung von widersprüchlichen Informationen, die wie eine Nebelwand wirken, wird die Wahrheit verdeckt, die Interpretation der Geschehnisse erschwert und so abgestimmtes, von den Bürgerinnen und Bürgern getragenes Regierungshandeln behindert. Ideen und Informationen werden also weitaus intensiver als geistige Waffen eingesetzt. Offene demokratische Gesellschaften bieten dafür unzählige Angriffsziele. Ihre Stärke liegt vor allem in den staatsbürgerlichen Werten und Tugenden ihrer Bürgerinnen und Bürger. Eine breite sicherheitspolitische Debatte sowie eine von Partizipation getragene strategische Kultur sind daher ein festes Fundament für einen erfolgreichen Umgang mit hybriden Bedrohungen.



Uwe Hartmann

ist Offizier im Generalstabsdienst der Bundeswehr. Zuletzt im Miles-Verlag erschienen: *Hybrider Krieg als neue Bedrohung von Freiheit und Frieden*.

UweHartmann@Bundeswehr.org

Dierk Spreen

Global Security 2.0

Für einen Neustart in Sachen globaler Gewaltbewältigung

Derzeit ist die Fluchtquote in der Welt enorm hoch. Dieser Indikator misst, wie gut globale Gewaltbewältigung funktioniert. Gegenwärtig ganz offensichtlich eher schlecht.

Aber während die einen vor der Gewalt physisch flüchten, um in einer freien Gesellschaft leben zu können, leben die anderen in einer freien Gesellschaft und treten eine geistige Weltflucht an. Das ist nicht nur ein AfD-Phänomen, sondern eine Entwicklung, die in den sicherheitspolitischen Debatten schon länger zu beobachten ist. Abschied wurde und wird dabei genommen vom Programm der »globalen Sicher-

heit«, das offenbar für Einige eine Überforderung darstellt. Ergo »Exit«! Aber nötigen die globale Gewaltfrage und das Massenphänomen der Flucht nicht dazu, ein Projekt »globale Sicherheit 2.0« einzuläuten?

Globale Sicherheit 2.0 heißt, dass man sich kritisch auf das besinnt, was schon mal erreicht war, sowie erneut und politisch bewusst daran arbeitet, die weltweite Gewalt zu domestizieren und die Flucht zu senken. Die sicherheits- und militärpolitischen Exit-Debatten der letzten Jahre waren ein Symptom, das den politischen und geistigen Rückzug der westlichen Zivilgesellschaften aus der Welt begleitete. Jetzt beschweren sich diese Gesellschaften über ein »Flüchtlingsproblem« und erwägen die Verdichtung ihrer Grenzbefestigungen.

Ich möchte dagegen dafür plädieren, die post-interventionalistische Einstellung aufzugeben und die damit verbundene politisch-geistige Weltflucht zu beenden. Warum nicht einen Neustart globaler Sicherheit versuchen?

Selbst das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr veranstaltete im Sommer 2012 eine internationale Tagung unter dem Titel »The Armed Forces: Towards a post-interventionalist era?« Wenngleich in eine Frage gekleidet, gab der Titel der Erwartung Ausdruck, dass die Zeit der *responsibility to protect* (R2P), die den Staaten und der internationalen Gemeinschaft die Verantwortung zuweist, Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden, vorbei sei. Diese resignative Annahme speiste sich keinesfalls aus pazifistischem Wunschdenken, sondern resultierte aus einer ganzen Reihe von Enttäuschungserfahrungen. Weder die ISAF-Mission in Afghanistan noch die amerikanische Nachkriegsmission im Irak hielten, was man sich von ihnen versprochen hatte. Hinzu kamen frustrierende Konflikte in der Zivilgesellschaft und in der politischen Öffentlichkeit, weil viele Menschen dem neuen erweiterten Sicherheitsparadigma, das auch militärische Gewaltanwendung einschloss, nicht folgen wollten. Gesellschaftskritiker sprachen ohnehin nur von einem neuen »Empire« oder sogar von einem »permanenten Ausnahmezustand«.

Humanitäre Interventionen, die mit militärischem Engagement verbunden sind, haben insbesondere in Deutschland in der intellektuellen Szene einen schlechten Ruf. Dass eine größere Anzahl deutscher Intellektueller ein ähnliches Papier veröffentlichen könnte wie ihre amerikanischen Kolleginnen und Kollegen mit der Erklärung »What We're Fighting For« anlässlich des Angriffs auf das World Trade Center und das Pentagon im Jahre 2001, dürfte wohl selbst in ferner Zukunft noch unwahrscheinlich sein.

Zudem gab die von CDU und FDP geführte Regierung 2011 die Wehrpflicht auf. Zeitgleich begannen die Parteien einen Wettlauf um den schnellstmöglichen Exit-Termin für Afghanistan. Vor diesem Hintergrund konnte man schon den Eindruck gewinnen, dass das Zeitalter der humanitären Interventionen dem Ende entgegengeht.

Dabei geriet aus den Augen, was durch einen solchen Postinterventionalismus und die sicherheitspolitische Weltflucht, die in ihm ihren Ausdruck findet, aufgegeben wird. Denn was war denn nach 1989 weltpolitisch geschehen? Waren wir bloß Zeugen einer Abfolge von spontanen Interventionen, die sich jeweils auf kontingente Interessenkonstellationen zurückführen ließen? Oder zeichnete sich nicht vielmehr so etwas wie eine belastbare globale Sicherheitsstruktur ab?

Zusammen mit Trutz von Trotha habe ich vor einiger Zeit vorgeschlagen, für die Zeit nach 1989 von einer globalen »Ordnungsform« oder einem globalen »Sicherheitsdispositiv« (mit Michel Foucault) zu sprechen.

Die Ordnungsform »globale Sicherheit« übernimmt demnach im Rahmen der Weltgesellschaft eine ganz wesentliche Leistung, die klassischerweise nur staatlich bzw. zwischenstaatlich gedacht wird. Nach dem Umbruch 1989 entwickelte sich aber – übrigens erstmalig in der Weltgeschichte – eine *wirksame* politische Struktur überstaatlicher, globaler und an humanitären Normen orientierter Gewaltbewältigung, die sich nicht einfach auf vertraute politische Kategorien herunterbrechen lässt. Sie war weder ein anarchisches Staatensystem noch ein Weltstaat, weder ein Weltimperium noch eine Weltorganisation. Anfang der 90er Jahre beendeten nicht die USA allein, sondern eine breit angelegte Koalition von 34 Staaten den Überfall Saddam Husseins auf Kuwait.

Als die NATO Ende der 90er Jahre in den Kosovokonflikt eingriff und die »ethnische Säuberung« des Kosovo verhinderte, schrien zwar die Legalisten Alarm, denn es lag kein UN-Mandat vor. Aber hatte letztlich nicht doch Jürgen Habermas recht, wenn er diese Intervention als »Vorgriff auf einen künftigen kosmopolitischen Zustand« legitimiert sah? Selbst der Irakkrieg der USA 2003 lässt von diesem Verweis auf eine überstaatlich-globale und normative Orientierung noch etwas erahnen. Nicht nur bestand die sogenannte »Koalition der Willigen« aus 43 Staaten, sondern die Nationale Sicherheitsdoktrin der Bush-Administration formulierte auch eine klare Warnung an all jene »Souveräne«, die Terrorismus fördern, Genozide durchführen oder Massenvernichtungswaffen herstellen.

Globaler Sicherheitsdiskurs

Der Hinweis auf die US-Sicherheitsdoktrin macht deutlich, dass sich die Ordnungsform globaler Sicherheit nicht auf das UN-System begrenzen lässt. Sie umfasst vielmehr eine Vielzahl von Akteuren und normativen Bezügen. Ihre Einheit konstituiert sich durch einen globalen Sicherheitsdiskurs, der im Leben und in den Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen Individuums ein Schutzgut entdeckt. Zum Teil ist daher auch von *human security* oder der *responsibility to protect* die Rede.

Dieser Sicherheitsdiskurs konstituiert einen orientierenden Rahmen für eine übernationale Sicherheitspolitik. Weitere Merkmale sind der Präventionsgedanke, die Inklusion privater und lokaler Akteure, ein Habitus des Risikomanagements sowie eine Tendenz zur Entgrenzung. Das heißt im Einzelnen: Sicherheit erscheint bereits im Falle zunehmender Risikolagen gefährdet. Sicherheit ist keine rein staatliche Angelegenheit, sondern staatliche Akteure kooperieren mit Sicherheitsfirmen und Friedensunternehmern (häufig NGOs), welche allerdings strukturell den ökonomischen Imperativ des Profits oder zumindest der Kostendeckung berücksichtigen müssen. Sicherheit meint keineswegs das Gleiche wie »Frieden«, sondern sie reguliert die Normalität von Gewalt innerhalb bestimmter akzeptabler und möglichst optimierter Parameter. Und Sicherheit ist »erweiterte Sicherheit«, d.h. sie bleibt nicht auf den Kernbereich militärischer und politischer Sicherheit beschränkt, sondern umfasst ökonomische, migrationspolitische und ökologische Aspekte.

Insgesamt stellt sich globale Sicherheit als eine überaus komplexe Form der Problembearbeitung dar. Daher sollte man sie sich nicht als globale Erweiterung des Rechtsstaatsmodells vorstellen, also als globale Normgeltung plus Polizei, Rechtsprechung und Vollzug. Vielmehr ist eine Vielzahl von unterschiedlichen Normvorstellungen im Spiel. Das beginnt damit, dass Europäer und Amerikaner durchaus verschiedene Ideen über Rolle und Ausgestaltung des internationalen Rechtsrahmens haben. Zu berücksichtigen sind aber auch die vielfältigen lokalen Konfliktkulturen, die sehr unterschiedliche Vorstellungen über das »Kriegsrecht« etc. formulieren, wie es etwa Georg Klute in seinem Buch über den *Tuareg-Aufstand in der Wüste* (2013) zeigt. Auch einen Rechtsautomatismus, der bei Normverstößen Sanktionen androht, gibt es nicht. Häufig sitzen Gewaltakteure nicht auf der Anklagebank, sondern am Verhandlungstisch.

Versucht man einen Überblick, sieht man schnell, wie komplex und spannungsgeladen »globale Sicherheit« ist:

- Gewaltbewältigung wird nur selektiv praktiziert und bleibt an politische und wirtschaftliche Interessen gebunden.

- Globale Sicherheit schränkt nationale Souveränität ein und ist daher im Welt-sicherheitsrat vetogefährdet. Das verstärkt die Selektivität und kann bis zur Selbstblockade des Weltsicherheitsrates führen.

- Selektivität oder Handlungsunfähigkeit wiederum fördern Selbstermächtigung und können zu moralischem Subjektivismus verleiten. Ein Beispiel wäre der Irakkrieg. Er verursachte einen erheblichen Legitimitätsschaden für den globalen Sicherheitsdiskurs.

- Globale Sicherheit basiert auf einem legitimatorischen Kontinuum zwischen Legalität und Moral: Legales Mandat (Golfkrieg 1991), »Vorgriff« (Kosovokrieg), subjektive moralische Gewissheit (Irakkrieg) – diese drei Elemente vermischen sich. Diese Hybridität wird aber nicht verschwinden.

- Globale Sicherheit reflektiert den »Aufstieg des Lokalen« (Trutz von Trotha) in der Weltgesellschaft. Aber seitens der demokratischen Zivilgesellschaften ist die Bereitschaft gering, langwierige und mit Frustrationen und Rückschlägen verbundene Sicherheits- und Stabilisierungsmissionen an entfernten Gewaltorten durchzuhalten.

- Konflikt- und Gewaltbewältigung erfordern die Bereitschaft, sich auf die sehr komplexen und widersprüchlichen Lagen vor Ort einzulassen. Das wird neue Kategorien in das politische Denken einführen und kognitive Selbstverständlichkeiten infrage stellen.

- Gewaltbewältigung ohne gewaltbewältigende Gewalt ist ein frommer Traum. Im globalen Kontext ist das Organ der gewaltbewältigenden Gewalt allerdings das Militär. Gewaltbewältigung kann damit auch die Form eines kriegsformigen Konflikts annehmen. Dies produziert in den Zivilgesellschaften ein unhintergebares, d.h. strukturelles Legitimationsproblem.

Die Vielfältigkeit der Probleme verleitet zu isolationistischen Einstellungen, gegen die keine Partei immun ist. Die einen wollen den »Exit«, die anderen die Grenzen schließen. Die dahinter stehende implizite Annahme, dass man sich mit der Gewaltfrage der Weltgesellschaft nicht zu befassen brauche, ist aber eine Illusion.

Die Problemliste ließe sich leicht erweitern und ausdifferenzieren. Mein Plädoyer ist, es mit der »globalen Sicherheit« doch weiter (oder wieder?) zu versuchen und

dies endlich auch deutlich zu sagen. Was sich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten weltpolitisch zugetragen hat, war so etwas wie eine »List der Vernunft«. Hinter dem Rücken der Akteure konstituierte sich eine Ordnungsform, die die Gewaltfrage und die Menschenrechte – also letztlich das Recht eines jeden Individuums auf persönliche Selbstentfaltung im sozialen Rahmen – in einem globalen Kontext auf die Tagesordnung setzte. Im Zusammenhang mit der Konstitution einer Weltgesellschaft dürfte das eine politische Notwendigkeit sein. Aber wir drücken uns darum herum, das auch zu sagen. Wir gaukeln uns vor, dass Problembewältigung im nationalen Rahmen oder mit den Mitteln klassischer Außenpolitik möglich sei. Die Welt und ihre »Orte der Gewalt« sind aber im Zeitalter der Globalisierung und der Weltvergesellschaftung gar kein »Außen« mehr.

Auch in Anbetracht der Gefährdung, die aus der neuen Raumordnungspolitik resultiert, die Russlands Präsident als Alternative nicht nur vorschlägt, sondern vornimmt, erscheint eine Rückbesinnung auf globale Sicherheit mehr als angemessen. Wenn man sich auf Wladimir Putins Modell des Politischen nach Carl Schmitt einlässt, kauft man ein Denken in Einflusszonen und damit den ewigen Krieg in den Kontaktbereichen dieser Zonen ein. Dieser Krieg ist schon da: Handfest findet er in der Ukraine und in Syrien seinen Ausdruck, virtuell zeigt er sich als hybrider Desinformationskrieg, der generell auf Destabilisierung abzielt, um Machtchancen zu generieren.

Sehr unsicher ist derzeit, wie sich die Administration Donald Trumps verhalten wird. Es liegt auf der Hand, dass eine Amerika-Zuerst-Ideologie dem Projekt einer weltumspannenden und inklusiven Sicherheitspolitik großen Schaden zufügen kann. Der scheidende Präsident Barack Obama warnt bereits: »Wir machen einfach Deals mit Russland, selbst wenn das jemandem schaden kann oder internationale Normen verletzt« (*Der Standard*, 18.11.2016).

Globale Sicherheit 2.0 würde heißen, dass man nicht aufgibt, die weltweite Gewaltfrage zu lösen, politische Akteure diskursiv einzubinden und die Menschenrechte für alle durchzusetzen. Es würde auch heißen, dass man Durchhaltevermögen, Frustrationstoleranz und Ideologieresilienz braucht. Doch scheinen die vermeintlichen einfachen Lösungen der nationalen Kleingartenmentalität für viele leider verlockend und plausibel. Aber Patentlösungen gibt es nicht. Daher ist im Rahmen globaler Sicherheit auch immer mit Erfolgen und Rückschlägen zu rechnen. Aber genau dieser Erwartungshorizont macht dieses Konzept realistisch. Weder von Rückschlägen noch von langwierigen Aufgaben darf man sich entmutigen lassen.

Die sicherheitspolitische Weltflucht westlicher Zivilgesellschaften und die gewaltinduzierten weltweiten Fluchtbewegungen verweisen aufeinander. Letztlich werden wir uns entscheiden müssen, ob wir Mauern und Lager bauen wollen oder ob wir eine globale Sicherheitsverantwortung inklusive der notwendigen militärischen Gewaltbewältigung wahrnehmen möchten.



Dierk Spreen

ist Soziologe und Buchautor. Letzte Veröffentlichungen: *Upgradekultur* (2015), *Heute die Welt – morgen das ganze Universum. Rechtsextremismus in der deutschen Gegenwarts-Science-Fiction* (Hg. mit Hermann Ritter, Johannes Ruster und Michael Haitel, 2016).

dierk.spreen@gmx.de